



Bekanntmachung

**des Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

**20. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) vom 28. bis 30. August in Helsinki,
Finnland**

Die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz hat in Helsinki eine EntschlieÙung verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext gebe ich hiermit bekannt.

Torsten Geerds



Entschließung der Konferenz

verabschiedet von der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Ostseeanrainerstaaten*, die vom 28. bis 30. August 2011 in Helsinki (Finnland) zusammengetroffen sind,

die Themen "Zusammenarbeit in der Ostseeregion", "integrierte Meerespolitik", "zivile Sicherheit", und "Grünes Wachstum und Energieeffizienz" erörternd,

A. unter Bekräftigung ihrer gemeinsamen Verpflichtung, sich beharrlich für eine positive und pluralistische politische, soziale und wissenschaftliche Entwicklung der Ostseeregion auf der Grundlage umweltpolitischer Belange und des Grundsatzes der Nachhaltigkeit einzusetzen und dabei den Wählern in ihren Wahlkreisen zuzuhören und ihnen Gehör zu verschaffen, indem sie politische Themen in ihren Parlamenten und den zuständigen Ausschüssen voranbringen und politischen Druck auf die Regierungen ausüben, damit diese den Pflichten und Verpflichtungen nachkommen, die sie zugunsten der Region eingegangen sind;

B. unter Bekräftigung des gegenseitigen Nutzens einer engen Zusammenarbeit zwischen der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) und dem Ostseerat (CBSS), beispielsweise durch einen wachsenden und kontinuierlichen Austausch zwischen den verschiedenen Arbeitsorganen der Organisation und einen engeren Abgleich der politischen Prioritäten und Zielthemen, wodurch ihre individuellen Kapazitäten sowie die Gesamtkapazitäten gestärkt werden, sodass sie sich erfolgreich den Herausforderungen der Ostseeregion stellen können;

C. in Würdigung der umfassenden Erklärung des 16. Ministertreffens des Ostseerates (CBSS) vom 7. Juni 2011 in Oslo, in der unter anderem die aktuellen Bemühungen um den Aufbau der Zusammenarbeit zwischen Island, Norwegen, Russland und der EU in den Bereichen, in denen im Rahmen der EU-Ostseestrategie gemeinsame Ziele festgestellt werden können, begrüßt werden und die darüber hinaus die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz in den Schwerpunktbereichen Meerespolitik und Bekämpfung des Menschenhandels anerkennt;

D. erneut ihre ausdrückliche Unterstützung für den HELCOM-Ostseeaktionsplan und ihre gemeinsame Hoffnung zum Ausdruck bringend, dass alle HELCOM-

Regierungen ihre nationalen Implementierungspläne umsetzen und erfolgreich durchführen, um bis 2021 einen guten Umweltzustand der Ostsee herbeizuführen;

E. unter Aufrechterhaltung ihrer Forderung, dass die EU-Ostseestrategie mit der Politik der Nördlichen Dimension abgestimmt werden muss, die die EU- und Nicht-EU-Staaten der Region auf gleichberechtigter Ebene zusammenbringt, da eine glaubwürdige, langfristige Lösung für die Herausforderungen der Region die Beteiligung und das Engagement aller wichtigen Akteure verlangt;

F. in der Erkenntnis, dass die Überprüfung der EU-Ostseestrategie, die im Rahmen der polnischen EU-Ratspräsidentschaft stattfinden wird, eine Chance bietet, die Synergien zwischen der EU-Ostseestrategie und den wichtigsten vorhandenen Kooperationsstrukturen in der Ostseeregion zu verbessern;

G. unter Begrüßung der Schaffung einer parlamentarischen Ebene der Nördlichen Dimension, z.B. im Rahmen des wiederkehrenden Parlamentsforums Nördliche Dimension, das zuletzt 2011 in Norwegen stattfand und das nächste Mal im Jahr 2013 in Russland zusammenkommen soll;

H. darüber hinaus unter Begrüßung der Fortführung konkreter Projekte im Rahmen der Umweltpartnerschaft der Nördlichen Dimension und der Ressourcenzuweisung für diese Projekte, der Durchführung der beiden neuen Partnerschaften im Rahmen der Nördlichen Dimension für Verkehr und Logistik sowie für Kultur und unter Anerkennung des Austauschs zwischen der Ostseeparlamentarierkonferenz und der Partnerschaft der Nördlichen Dimension in den Bereichen Gesundheit und soziales Wohlergehen, von dem beide Seiten profitieren;

I. in Würdigung der Arbeit von Organisationen und Aktivitäten auf subregionaler Ebene - z.B. des Ausschusses der Regionen (CoR), der Kooperation der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC), der Union der Ostseestädte (UBC) und des Parlamentsforums Südliche Ostsee (PFSBS) - und in Anerkennung ihrer Erfahrungen und Kapazitäten im Hinblick auf die Feststellung von Problemen in der Region und die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Lösung dieser Probleme;

I. unter Begrüßung der Durchführung der gemeinsamen Veranstaltung der Arbeitsgruppe "Integrierte Meerespolitik" der Ostseeparlamentarierkonferenz, der Expertengruppe "Meerespolitik" des Ostseerates (CBSS) und der Arbeitsgruppe "Meerespolitik" der Kooperation der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC) im Rahmen des Europäischen Tags der Meere am 20. Mai 2011 in Danzig (Gdańsk) und in Unterstützung der weiteren Koordination und der gemeinsamen Aktivitäten zwischen diesen und anderen Institutionen und Organisationen;

J. unter nachdrücklichem Hinweis darauf, dass die Bürger bei der Planung und Umsetzung von Strategien und Projekten, die die Entwicklung der Ostseeregion beeinflussen, auf dem Laufenden gehalten und beteiligt werden sollten; nichtstaatliche Organisationen spielen eine unschätzbare Rolle als Meinungsmacher und als unabhängige Experten, deren Auffassungen, Warnungen und Ratschläge ernst genommen werden sollten;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die weitere Entwicklung und die Aktivitäten des Ostseerates (CBSS) durch Bereitstellung langfristiger Ressourcen für dessen projektbasierten und zielorientierten Ansatz bei der Behandlung bestimmter Themen, die für die Ostseeregion von großer Bedeutung sind, und die kontinuierliche Zusammenarbeit und Konvergenz von Schwerpunktthemen mit der Ostseeparlamentarierkonferenz zu unterstützen;
2. ausreichende Ressourcen zuzuweisen und die Bemühungen um die Entwicklung, Überwachung und Umsetzung der nationalen Implementierungspläne im Rahmen des HELCOM-Ostseeaktionsplans mit dem Ziel der Herbeiführung eines guten Umweltzustands der Ostsee bis 2021 zu verstärken;
3. sich für die fortlaufende Koordinierung der Prioritäten und konkreten Aktivitäten der EU-Ostseestrategie und der Nördlichen Dimension einzusetzen und dabei darauf zu achten, dass alle Akteure der Ostseeregion gleichberechtigt zusammenarbeiten können;
4. die bestehenden Verpflichtungen gegenüber dem Ostsee-Aktionsgipfel zu erfüllen und neue Verpflichtungen zu unterstützen;
5. einen Überblick zu gewinnen, um Klarheit über die Verfügbarkeit verschiedener Finanzquellen und anderer Mitteln für Projekte und Investitionen in der Ostseeregion zu gewinnen und dafür zu sorgen, dass diese effizient verwendet werden und dass der Zugang zu Mitteln für alle Akteure erweitert und ermöglicht wird;
6. dem Fonds für Technische Hilfe des Ostsee-Aktionsplans finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, die gemeinsam von der Nordischen Investitionsbank (NiB) und der Nordischen Umweltfinanzierungsgesellschaft (NEFCO) verwaltet werden mit dem Ziel, Projekte zu unterstützen, die die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans fördern;
7. Initiativen, Veranstaltungen und Mechanismen anzuregen und zu unterstützen, die Akteure der Ostseeregion zum Informationsaustausch und zur Koordination von Schwerpunkten und Aktivitäten zusammenbringen mit dem Zweck, Doppelarbeit zu vermeiden und Synergien zu schaffen; das Parlamentarische Forum der Nördlichen Dimension und das Forum für die EU-Ostseestrategie sind löbliche Beispiele dafür;
8. die Entwicklung der Zivilgesellschaft zu fördern und nichtstaatliche Organisationen durch finanzielle und administrative Ressourcen zu unterstützen;
9. die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in der Ostseeregion zu fördern;

im Hinblick auf die integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion

10. die politischen Empfehlungen bezüglich der integrierten Meerespolitik in der 19. BSPC-Entscheidung von 2010 wieder aufzugreifen;

11. die Forschungsarbeit zu intensivieren und die Nutzung alternativer Schiffstreibstoffe wie Flüssigerdgas (LNG) in der Ostseeregion und anderer Treibstoffe durch Unterstützung innovativer emissionsreduzierender Technologien und deren Einsatz durch die Schaffung von Anreizen für Investitionen in den Ausbau der notwendigen Hafeninfrastruktur mit einem gut ausgebauten Verteilungsnetz und einheitlichen Industrie- bzw. Nutzungsstandards zu fördern;

12. vor dem Hintergrund neuer Studien über die Auswirkungen der im Rahmen des internationalen MARPOL-Übereinkommens vorgesehenen Reduzierung des Schwefelgehalts von Schiffstreibstoffen auf 0,1 % ab dem Jahr 2015 Vorkehrungen zu treffen und Initiativen zu starten, um eine Verlagerung des Verkehrs von See auf Land zu verhindern;

13. Anreize für die Umrüstung vorhandener Schiffe zu fördern und sich aktiv innerhalb der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) für die zügige Ausweisung weiterer Meeresgebiete, z.B. des Mittelmeers, als Schwefelemissionsüberwachungsgebiete (SECA) einzusetzen, womit sich Wettbewerbsnachteile für die Ostseeregion beseitigen ließen;

14. auf den Bürokratieabbau zugunsten des grenzüberschreitenden Seeverkehrs hinzuwirken;

15. die maritime Raumplanung als ein wichtiges Instrument für ein optimiertes Zusammenwirken der Akteure in den unterschiedlichen maritimen Sektoren im Interesse einer effizienteren und nachhaltigen Nutzung von Meeressgewässern und Küstenregionen auszubauen, nationale und aufeinander abgestimmte Raumplanungskonzepte zu erstellen und dabei eine stärkere grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Ostseeanrainerstaaten zu fördern;

16. mithilfe der Entwicklung von ökologischen Hafendienstleistungen eine nachhaltige Hafenentwicklung zu unterstützen, beispielsweise durch den Bau von Einrichtungen zum Auffangen von Abwässern in allen wichtigen Ostseehäfen bis spätestens 2015, um die Umweltbelastung für die Anwohner in Hafengebieten zu verringern und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen zu stärken;

17. eine integrierte Meerespolitik angesichts ihrer wirtschaftlichen und ökologischen Bedeutung für den gesamten Ostseeraum weiter auszubauen, insbesondere durch

- die Entwicklung und Förderung integrierter maritimer Leitprojekte für den gesamten Ostseeraum (z.B. des Projekts "Saubere Seeschiffahrt in der Ostsee", des Galileo-Forschungshafen Rostocks und des Projekts SUCBAS - Sea Surveillance Co-operation Baltic Sea - "Kooperation zur Meeresüberwachung in der Ostsee") auch in den Bereichen "grüner und sicherer Verkehr und eine saubere Umwelt" für die Stärkung des umweltfreundlichen Güterverkehrs und die Hafenzusammenarbeit in der gesamten Ostseeregion, um auf diese Weise die Meerespolitik auf europäischer Ebene zu verankern,
- die Unterstützung und Förderung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen der Meerespolitik und durch
- die Entwicklung einer nationalen integrierten Meerespolitik in den Mitgliedstaaten;

18. integrierte Aktivitäten der Ostseeregion in den Bereichen Meeresforschung, Technologie und Innovation zu unterstützen, um das Wachstumspotenzial neuer Meeressektoren wie der Energiegewinnung in Offshore-Anlagen und Offshore-Technologien, der Sicherheits- und Überwachungstechnik sowie der maritimen Umwelttechnik zu nutzen und Zukunftsmärkte zu erschließen; hierfür sind die erforderlichen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und bestmögliche Verfahren zu kommunizieren;

19. den umweltverträglichen Kreuzfahrttourismus vor dem Hintergrund seiner Bedeutung für die gesamte Ostseeregion als maritimen Wachstumssektor zu entwickeln, beispielsweise durch attraktive Inlandtourismusangebote und gemeinsame Vermarktungskonzepte im Tourismusbereich;

20. die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen für den sicheren Schiffsbetrieb in schwierigen und eisigen Winterverhältnissen fortzuführen;

21. Projekte und Aktivitäten, deren Schwerpunkt auf der Navigationssicherheit liegt, z.B. das Schiffsmeldesystem für den gesamten Ostseeraum (SRS) und den Schiffsverkehrsdienst (VTS), zu unterstützen und die Entwicklung der Ostseeregion als Pilotregion für die e-Navigation zu fördern;

im Hinblick auf die zivile Sicherheit in der Ostseeregion

22. gemeinsam grenzübergreifende Szenarien zu entwickeln und alle natürlichen und von Menschenhand geschaffenen Sicherheitslücken in der Ostseeregion festzustellen, um mögliche Katastrophen und Störungen zu identifizieren, ein umfassendes regionales Risikoregister aufzubauen und alle regionalen Kapazitäten durch Kapazitätsaufbau, Schulungen und Übungen zur Vorbeugung von und im Umgang mit Gefahrensituationen zu stärken;

23. die HELCOM-ad-hoc-Expertengruppe "chemische Munition" zu unterstützen, um alle möglichen zusätzlichen Informationen über das Versenken von chemischen Kampfstoffen nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenzustellen und zu prüfen, ob die allgemeinen Schlussfolgerungen des "CHEMU Report" nach wie vor gültig sind;

24. vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011 die regionale Zusammenarbeit zu verstärken, stringente Bedingungen und Bestimmungen für den Bau und Betrieb und die Außerbetriebsetzung von Atomkraftwerken sowie für die Lagerung und Verarbeitung abgebrannter Brennelemente zu erarbeiten und umzusetzen, aber auch um die Chance zu nutzen, die Bemühungen um die Förderung der Entwicklung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und grünen Technologien zu intensivieren;

im Hinblick auf den Menschenhandel

25. die politischen Empfehlungen bezüglich des Menschenhandels in der 19. BSPC-EntschlieÙung von 2010 wieder aufzugreifen;

26. umfassende Analysen hinsichtlich der wirtschaftlichen Aspekte des Menschenhandels in die Wege zu leiten und zu unterstützen, die Abstimmung

zwischen den zuständigen Behörden und Institutionen zu fördern, um aus dem Menschenhandel stammende Geldströme aufzuspüren, die Fähigkeiten und die Zusammenarbeit von Polizei, Finanzbehörden und anderen zuständigen Institutionen zu optimieren, um aus dem Menschenhandel stammende Geldflüsse zu verfolgen, und um die rechtlichen und administrativen Mittel zur Beschlagnahme von Einnahmen aus dem Menschenhandel sowie zur Verhängung von drastischen Geldstrafen für am Menschenhandel beteiligte Personen zu verstärken;

27. Maßnahmen zur Gewinnung umfassenderer Kenntnisse in Bezug auf die Art und den Umfang des Menschenhandels zum Zwecke der Zwangsarbeit zu fördern und dabei die geschlechtsspezifische Dimension zu berücksichtigen, die Entwicklung gemeinsamer Strategien gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen sowie den zuständigen Behörden einzuleiten und zu unterstützen, gesetzliche und operative Mittel zur Erkennung und Bekämpfung von Menschenhandel zum Zwecke der Zwangsarbeit zu stärken und Informationskampagnen über Menschenhandel zum Zwecke der Zwangsarbeit durchzuführen;

28. die besonderen Probleme von Kindern, die Opfer von Kinderhandel sind, in Gesetzen und Verwaltungsrichtlinien aufzugreifen und dabei einen multidisziplinären Ansatz und die multisektorale Abstimmung zu nutzen, bei denen das Wohl des Kindes absolute Priorität erhält; hierzu gehört beispielsweise, dass ein Kind grundsätzlich nicht in Gewahrsam genommen und bestraft werden sollte und die garantierte Bereitstellung von Unterkünften mit geeigneten, auf die Bedürfnisse von Kindern zugeschnittenen Einrichtungen, in denen Fachkräfte den Kindern Vertrauen vermitteln, um deren Verschwinden aus den Unterkünften zu verhindern;

29. die Effizienz und Relevanz existierender Gesetze und rechtlicher Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels, z.B. mit Hilfe von Anfragen an die zuständigen Behörden, zu untersuchen und gegebenenfalls Gesetze zu erarbeiten und anzupassen, um in angemessener Weise auf aktuelle und sich entwickelnde Formen des Menschenhandels zu reagieren und die Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Bereichen des politischen Systems und des Rechtssystems zu verbessern;

30. Anstrengungen zu unternehmen, um das Bewusstsein für den Menschenhandel zu verschärfen, z.B. durch die Unterstützung und Durchführung von Informationskampagnen und Aktivitäten zur Einbeziehung Dritter, wie beispielsweise die Kampagne "Safe Trip" (www.safetrip.se) des Rates der Ostseeanrainerstaaten (CBSS) und ähnliche Initiativen von Privatunternehmen und nichtstaatlichen Organisationen und auch Maßnahmen zu unterstützen, durch die Meldungen von Verdachtsfällen des Menschenhandels an die Behörden, z.B. über Hotlines, erleichtert werden;

31. Maßnahmen zur verstärkten gemeinsamen Wahrnehmung und des Erkennens von Menschenhandel durch alle Akteure in der Region in die Wege zu leiten und zu unterstützen und dadurch für eine engere Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen ihnen einzutreten und überdies den Austausch und die Zusammenarbeit mit den sich aktiv an der Bekämpfung des Menschenhandels beteiligenden internationalen Organisationen zu erweitern, z.B. den Vereinten Nationen (VN), der Interparlamentarischen Union (IPU), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und anderen;

32. kontinuierlich Bewertungen und Meldungen über Fortschritte und Ergebnisse im Kampf gegen den Menschenhandel vorzulegen, die auf gemeinsam entwickelten und vereinbarten Erfolgskriterien bezüglich bestimmter Faktoren beruhen, z.B. der Zahl der Verurteilungen, der sicheren Rückkehr von Opfern und ähnlichem; dadurch sollte auch sichergestellt werden, dass Programme und Strategien kontinuierlich aktualisiert sowie an neue und sich verändernde Formen des Menschenhandels angepasst werden;

33. die Schaffung günstiger Arbeitsbedingungen für aktiv an der Bekämpfung des Menschenhandels beteiligte Personen zu fördern, um dadurch die Abwanderung von erfahrenem Personal zu reduzieren sowie kontinuierliches Arbeiten und die Zunahme von Kompetenzen zu ermöglichen;

34. Maßnahmen zu fördern, die der Stärkung der Fähigkeit zur Identifizierung und Anklage von Mittelsmännern im Menschenhandel dienen, also von Personen, die indirekt vom Menschenhandel profitieren, indem sie beispielsweise Kontakte zwischen potenziellen Käufern sexueller Dienstleistungen und Menschenhändlern bzw. Opfern von Menschenhandel fördern, z. B. im Taxi-/Hotelgewerbe oder im Fahrdienst;

im Hinblick auf Gesundheit und soziales Wohlergehen in der Ostseeregion

35. in Anerkennung der entscheidenden Rolle der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für Gesundheit und Soziales (NDPHS) für die regionale Arbeit auf diesem Gebiet sowie in Anerkennung der Notwendigkeit, Unterstützung zu erhalten für deren Projekteinrichtungen und Aktivitäten, die darauf abzielen, die Ostseeregion dabei zu unterstützen, Fortschritte bei der Umsetzung ihrer wichtigen globalen und europäischen Zielen und Vorgaben zu machen, angemessene und langfristige Mittel für gemeinsame regionale Aktivitäten und Vorhaben zu vergeben, um Gesundheit und soziales Wohlergehen zu verbessern;

36. abgestimmte Aktionen zur Ergänzung nationaler Maßnahmen zu unternehmen zur Lösung von Problemen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, hervorgerufen durch vermeidbaren ungesunden Lebensstil im Allgemeinen und Alkohol- und Drogenmissbrauch im Besonderen, die zu Krankheiten führen und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung bedrohen, und dabei die geschlechtsspezifische Dimension zu berücksichtigen;

37. die Beachtung von Themen in den Bereichen Gesundheit und soziales Wohlergehen in anderen wichtigen politischen Bereichen zu fördern, was dem Ansatz der Förderung der Gesundheit in allen politischen Bereichen entspricht;

im Hinblick auf grünes Wachstum und Energieeffizienz in der Ostseeregion

38. Politiken zu verabschieden und Maßnahmen zu ergreifen, um aus der Ostseeregion eine Ökoregion zu machen, in der Wirtschaftswachstum Hand in Hand mit ökologischer Integrität und sozialer Gerechtigkeit geht, indem ökologische Innovationen, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion sowie nachhaltige städtische und ländliche Entwicklungsstrategien gefördert werden;

39. Forschung, Innovation und wirtschaftliche Entwicklung im Bereich grüner Technologien und Energieeffizienz zu fördern; dies beinhaltet unter anderem die Untersuchung der Möglichkeit zur Entwicklung erneuerbarer Energien in der Region, beispielsweise durch die Schaffung rechtlicher und sonstiger Anreize für kleine und mittelständische Unternehmen zur Förderung des Kapazitätsaufbaus für eine nachhaltige Produktion und die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen (*Corporate Social Responsibility, CSR*);

40. einen integrierten Ansatz zur Verbesserung der Energieeffizienz in Haushalten, Behörden, Industrieunternehmen und im Verkehr zu fördern, beispielsweise durch die Schaffung rechtlicher Voraussetzungen und physischer Planungsanforderungen, die Investitionen für Energie einsparende Geräte und Methoden und die Hinwendung zu diesen Geräten und Methoden unterstützen, sowie durch den Aufbau von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor, um mehr Investitionen in grüne Technologien für die Zukunft der Region zu fördern;

41. Anreize und Möglichkeiten für umweltgerechte öffentliche Beschaffungen und Verfahren für Behörden auf allen Ebenen zu schaffen, beispielsweise durch Einführung des Nachhaltigkeitskriteriums in Ausschreibungen und Beschaffungsverfahren;

42. die Arbeit des Forums "Energiepolitische Zusammenarbeit im Ostseeraum" (*Baltic Sea Region Energy Co-operation, BASREC*) und die Schlussfolgerungen der bevorstehenden Konferenz der Energieminister im Frühjahr 2012 in Berlin zur Kenntnis zu nehmen;

43. Aufklärungskampagnen und Aktivitäten durchzuführen, um die Menschen für grünes Wachstum und Energieeffizienz und deren wirtschaftliche und ökologische Vorteile für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt zu sensibilisieren und dabei den Schwerpunkt auf die Hervorhebung praktischer Lösungen zur Steigerung der Energieeffizienz zu legen;

44. die Aktivitäten von "Baltic 21" weiterhin zu unterstützen und ein auf vier Jahre angelegtes Projekt "Green Growth for a Bluer Baltic Sea" ("Grünes Wachstum für eine blauere Ostsee") ins Leben zu rufen, um gemeinsame Prioritäten beispielsweise in den Bereichen Energie, Wasser, Verkehr und Tourismus festzulegen, Strategien für die schnellere Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz zu entwickeln und für den Austausch von Informationen über bestmögliche Verfahren unter den Akteuren und Interessensgruppen zu sorgen;

Darüber hinaus beschließt die Konferenz,

45. zur Bekämpfung des Menschenhandels Netzwerke von Parlamentariern zu etablieren, um ein anhaltendes Engagement sicherzustellen und das Problem deutlich sichtbar zu machen, die Fortschritte bei den verschiedenen Aktivitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels kontinuierlich zu überwachen und im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Menschenhandels die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative weiter auszubauen; im Rahmen dieser Bemühungen sollten diese Netzwerke auf Handbücher und Richtlinien zurückgreifen,

die beispielsweise von folgenden Institutionen herausgegeben werden: Vereinte Nationen (VN), Interparlamentarische Union (IPU), Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE), Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und andere;

46. der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für Gesundheit und Soziales (NDPHS) Beobachterstatus zu gewähren;

47. die Umgestaltung und Nachbetreuung des Netzwerks für zukunftsfähige Arbeitsmärkte im Ostseeraum (*Baltic Sea Labour Network*, BSLN) zu unterstützen und dabei ein ständiges Forum für den sozialen Dialog in der Ostseeregion einzurichten, um die Unterstützung der Öffentlichkeit im Bereich der Arbeitnehmerrechte zu sichern;

48. eine Arbeitsgruppe für grünes Wachstum und Energieeffizienz einzusetzen, die im Rahmen der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht vorlegen soll;

49. das Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für 2011-2012 anzunehmen;

50. die überarbeitete Geschäftsordnung der Ostseeparlamentarierkonferenz anzunehmen, die nach Abschluss der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz in Kraft tritt;

51. mit Dankbarkeit das freundliche Angebot des Föderationsrates der Bundesversammlung der Russischen Föderation zur Ausrichtung der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 26. bis 28. August 2012 im Mariinski-Palast, dem Sitz des Parlaments von St. Petersburg, anzunehmen.

Die Parlamente der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, der Republik Karelrien, Lettlands, Leningrads, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, die Åland-Inseln, die Baltische Versammlung, das Europäische Parlament, der Nordische Rat und die Parlamentarische Versammlung des Europarates.



Conference Resolution

Adopted by the 20th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants, elected representatives from the Baltic Sea States*, assembling in Helsinki, Finland, 28 - 30 August 2011,

discussing Co-operation in the Baltic Sea Region, Integrated Maritime Policy, Civil Safety and Security, and Green Growth and Energy Efficiency,

A. reconfirming their commitment to act persistently for a positive and pluralistic political, social and economic development of the Baltic Sea Region, rooted in environmental concerns and sustainability, by listening to and giving voice to the grassroots of their constituencies, by driving political issues in their parliaments and relevant committees, and by exerting political pressure on governments to fulfill the commitments and obligations they have undertaken for the benefit of the Region;

B. restating the mutual usefulness of close collaboration between BSPC and CBSS, for instance by a growing and continuous exchange between the various working bodies of the organizations, and by pursuing a closer synchronization of political priorities and target issues, thereby strengthening their individual as well as combined capacity to deal successfully with the challenges of the Baltic Sea Region;

C. commending the comprehensive Declaration of the 16th CBSS Ministerial Session in Oslo 7 June, which, i.a., welcomes the efforts under way in establishing cooperation between Iceland, Norway, Russia and the EU in areas where common objectives could be identified under the EU Strategy for the Baltic Sea Region, and which also expresses appreciation of the work of BSPC within the CBSS priority areas maritime policy and counter-trafficking in human beings;

D. reiterating their strong support to the HELCOM Baltic Sea Action Plan, and expressing their collective expectation that all HELCOM Governments will implement and successfully fulfill their National Implementation Plans in order to achieve good environmental status of the Baltic Sea by 2021;

E. maintaining that the EU Strategy for the Baltic Sea Region must be aligned with the Northern Dimension, which brings together EU- and non-EU- countries of the Region on an equal footing, because a credible long-term solution to the

challenges of the Region requires participation and commitment by all of its central stakeholders;

F. recognizing that the review of the EU Strategy for the Baltic Sea, which will take place under Polish Presidency of the EU Council, will give an opportunity to obtain better synergy effects between the EU Strategy for the Baltic Sea and the key existing cooperation structures within the Baltic Sea area

G. welcoming the establishment of a parliamentary tier of the Northern Dimension, as embodied in a recurrent Northern Dimension Parliamentary Forum, the latest of which was held in Norway in 2011 and the next to be convened in Russia in 2013;

H. welcoming also the continuation and resource allocation to concrete projects under the Northern Dimension Environmental Partnership, the operation of the two new partnerships under the Northern Dimension, on Transport and Logistics and on Culture, and appreciating the mutually beneficial exchange between BSPC and the Northern Dimension Partnership in Health and Social Well-being;

I. acknowledging the work of organizations and activities at sub-regional level – such as the Committee of the Regions (CoR), Baltic Sea States Sub-Regional Cooperation (BSSSC), the Union of Baltic Cities (UBC), and the Parliamentary Forum of the Southern Baltic Sea (PFSBS) – and recognizing their experiences and capacities to identify problems in the Region and implementing concrete measures against them;

J. welcoming the joint event of the Working Group on Integrated Maritime Policy of the Baltic Sea Parliamentary Conference with the Expert Group on Maritime Policy of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) and the Working Group on Maritime Policy of the Baltic Sea States Subregional Co-operation (BSSSC) on May 20th 2011, during the European Maritime Day 2011 in Gdańsk and supporting the further coordination and joint activities between these and other institutions and organizations;

K. emphasizing that citizens should be kept informed and involved in the planning and implementation of strategies and projects that influence the development of the Baltic Sea Region; NGO's play an invaluable role both as opinion-makers and independent experts, and their views, warnings and advice should be taken seriously;

call on the governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU,

Regarding Co-operation in the Region, to

1. support the further development and activities of the CBSS by providing long-term resources for its project-based and target-oriented approach in dealing with specific issues of central importance for the Baltic Sea Region, and encourage an ongoing collaboration and convergence of priorities with the BSPC;

2. allocate sufficient resources and speed up the work to develop, monitor and implement the National Implementations Plans under HELCOM Baltic Sea Action Plan, aimed at achieving good ecological status of the Baltic Sea by 2021;

3. work for a continued coordination of the priorities and concrete activities of the EU Strategy for the Baltic Sea Region and the Northern Dimension, thereby promoting that all stakeholders of the Baltic Sea Region can cooperate on an equal footing;
4. fulfill existing and encourage new commitments to the Baltic Sea Action Summit;
5. solicit an overview to bring sharper clarity over the availability of various funding channels and other resources for projects and investments in the Baltic Sea Region, to ensure that they are used efficiently and that access to funds is widened and facilitated for all stakeholders of the Region;
6. provide financial contributions to the BSAP Technical Assistance Fund, jointly managed by NiB and NEFCO with the purpose of granting assistance to projects that support the implementation of the HELCOM BSAP;
7. encourage and support initiatives, events and mechanisms to bring stakeholders of the Baltic Sea Region together to exchange information and coordinate priorities and activities for the purpose of avoiding duplication and boosting their collective impact; the Northern Dimension Parliamentary Forum and the Forum on the EU Strategy for the Baltic Sea Region are commendable examples;
8. promote the development of civil society and support NGOs by financial and administrative resources;
9. promote cooperation on countering proliferation of threats of Weapons of Mass Destruction (WMD) in the Baltic Sea Region;

Regarding Integrated Maritime Policy in the Baltic Sea Region, to

10. revisit the political recommendations concerning Integrated Maritime Policy contained in the 19th BSPC Resolution from 2010;
11. to intensify research and to promote the use of alternative marine fuels such as – for example - Liquefied Natural Gas (LNG) in the Baltic Sea Region and others by supporting innovative emission reduction technologies and by creating incentives for investments in the development of the necessary port infrastructure with a well developed distribution network and uniform industry- and usage standards;
12. against the background of new studies on the implications of the intended reduction of the sulphur content of ship fuels to 0.1 % from the year 2015 in the framework of the international MARPOL convention, take precautions and to start initiatives to prevent a modal backshift in traffic from sea to land;
13. to support incentives for the modification of existing ships, and to work actively within the International Maritime Organization (IMO) for a speedy designation of further sea areas, such as the Mediterranean Sea, as Sulphur Emission Control Areas (SECA), thereby abolishing competitive disadvantages for the Baltic Sea Area;

14. to work for a reduction of administrative obstacles for cross-border maritime traffic;

15. to develop maritime spatial planning as an important instrument for an optimized interaction between the actors in the various maritime sectors in the interest of a more efficient and sustainable usage of sea waters and coastal regions, and to create national, compatible spatial planning concepts, thereby promoting a stronger cross-border cooperation between the Baltic Sea countries;

16. to support a sustainable port development by the development of environmental port services, for instance by building sewage recipient facilities in all important ports in the Baltic Sea by 2015 at the latest, in order to reduce environmental pollution for port residents and simultaneously strengthen the competitiveness of the ports;

17. to further implement an integrated maritime policy with regard to its economic and ecological significance for the entire Baltic Sea Area, particularly by

- developing and promoting integrated maritime lead projects for the entire Baltic Sea Area (e.g. Clean Baltic Shipping, Galileo Research Port Rostock, SUCBAS – Sea Surveillance Co-operation Baltic Sea) also in the areas of “green, safe transport and a clean environment” for the strengthening of environmentally friendly goods traffic and the port cooperation in the whole Baltic Sea Area in order to further promote the maritime policy in the consciousness on the European level,
- promoting and facilitating the cooperation on all levels of maritime governance and by
- the development of national integrated maritime policies of the member states;

18. to support integrated activities of the Baltic Sea Region in the areas of maritime research, technology and innovation, in order to use the growth potential of new maritime sectors such as energy generation in offshore installations and offshore technologies, the security and surveillance technique as well as maritime environmental technology and to enhance access to future markets; for this purpose, create necessary political and judicial framework and disseminate best practices;

19. to further develop environmentally sustainable cruise tourism as a maritime growth industry against the background of its importance for the whole Baltic Sea Region, for example by attractive inland tourist offers and concepts of common marketing in this field of tourism;

20. to proceed with the development and implementation of measures for safe operation of ships in severe and icy winter conditions;

21. to support projects and activities focusing on safety of navigation, such as a Baltic Sea- wide Ship Reporting System (SRS) and Vessel Traffic Service (VTS), and promoting the development of the Baltic Sea Region as a pilot region for e-navigation;

Regarding Civil Safety and Security in the Baltic Sea Region, to

22. jointly develop trans-boundary scenarios and identify gaps for all natural and man-made hazards and threats of the Baltic Sea Region, in order to identify potential disasters and disruption, to build a comprehensive regional risk register, and to strengthen the combined regional capacity to prevent and manage hazards, by capacity-building, training and exercises;

23. to support the HELCOM ad hoc Expert Group "Munitions" in order to compile all kinds of additional information on dumping activities after World War II and check whether the general conclusions of the "CHEMU-report" are still valid;

24. against lessons learned from the nuclear disaster in Fukushima started in March 2011, to step up regional cooperation for the purpose of elaborating and adopting stringent conditions and regulations for construction, operation and decommissioning of nuclear power plants, as well as for the storage and processing of spent fuel, but also for grasping the opportunity to intensify efforts to promote the development of renewable energy sources, energy efficiency and green technologies;

Regarding Trafficking in Human Beings, to

25. revisit the political recommendations concerning Trafficking contained in the 19th BSPC Resolution from 2010;

26. initiate and support extended analyses of the economic aspects of trafficking in human beings, promote coordination between relevant authorities and institutions to detect money flows stemming from trafficking in human beings (THB), enhance the capabilities and cooperation of police, tax authorities and other relevant institutions to track money emanating from THB and strengthen the legal and administrative means to confiscate proceeds from, as well as imposing stern fines on, those engaged in THB;

27. promote efforts to gain more extensive knowledge of the nature and scope of trafficking in human beings for forced labour taking into account the gender dimension, initiate and support the development of joint strategies in cooperation with trade unions and employer's organizations and relevant authorities, strengthen legislative and operational means of identifying and combating trafficking in human beings for forced labour and conduct public information campaigns about trafficking in human beings for forced labour;

28. address the special problems of trafficked children in legislation and in administrative guidelines, employing a multi-disciplinary approach and multi-sectoral coordination with the child's best interest as an overarching priority; this includes e.g. that a child should not be detained as a matter of principle, a formal policy of non-punishment, and a guaranteed provision of shelters with suitable facilities tailored to the needs of the children, including professional personnel trained in building trust with children in order to prevent their disappearances from the shelters;

29. investigate, e.g. by requests to responsible authorities, the efficiency and relevance of existing legislation and legal measures against trafficking in human beings, and develop and adapt, where appropriate, legislation to adequately respond to current and developing forms of trafficking in human beings and strengthen coordination between various sectors of the political and judicial system;

30. make efforts to raise awareness of trafficking in human beings, e.g. by supporting and conducting public information campaigns and outreach activities, such as the "Safe Trip" campaign by CBSS (www.safetrip.se) as well as similar initiatives by e.g. private companies and NGOs, and also support measures to facilitate the reporting to authorities of suspect cases of trafficking in human beings, e.g. by means of hotlines;

31. initiate and support measures to enhance the joint perception and understanding of THB among all actors in the region, thereby advocating a closer cooperation and coordination among them, and furthermore expand exchange and cooperation with international organizations active in the fight against trafficking in human beings, such as UN, IPU, OSCE, Council of Europe, ILO, IOM and others;

32. present continuous evaluation and reporting of the progress and results in the fight against trafficking in human beings, based on jointly developed and agreed success criteria on factors such as e.g. the number of convictions, safe returns of victims, and the like; they should also monitor that programmes and strategies are continuously updated and adapted to new and changing forms of trafficking in human beings;

33. promote the development of favourable working conditions for those active in the fight against trafficking in human beings, for the purpose of reducing the drainage of experienced personnel and enabling continuity of work and accumulation of competencies;

34. promote actions to strengthen the capacity to identify and incriminate the middlemen in trafficking in human beings, meaning persons indirectly profiting from trafficking in human beings by e.g. facilitating contacts between potential buyers and traffickers and/or trafficked persons, e.g. in the taxi, hotel or ferry industries;

Regarding Health and Social Well-being in the Baltic Sea Region, to

35. allocate sufficient and long-term resources for joint regional activities and endeavours to improve health and social well-being, recognizing the crucial role of The Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being (NDPHS) in regional work in this area and the necessity to maintain support to its project facilitation and promotion activities, aimed at helping the Baltic Sea Region make progress towards the achievement of objectives of relevant global and European strategies and policies;

36. take concerted action to complement national responses to public health problems, taking into account the gender dimension, caused by avoidable unhealthy lifestyles in general and the harmful use of alcohol and substance abuse in particular, leading into non-communicable diseases, and threatening social cohesion and socio-economic development;

37. encourage consideration of health and social well-being issues in other relevant policy areas, consistent with the health in all policies approach.

Regarding Green Growth and Energy Efficiency in the Baltic Sea Region, to

38. adopt policies and undertake measures to turn the Baltic Sea Region into an Eco-Region, in which economic growth goes hand in hand with environmental integrity and social justice, by promoting eco-innovations, sustainable consumption and production and waste treatment, and sustainable urban and rural development strategies;
39. facilitate research, innovation and business development in green technologies and energy efficiency, including research of the potential to develop renewable energy sources in the Region, for instance by providing legal and other incentives to SMEs in order to encourage capacity-building for sustainable production and Corporate Social Responsibility (CSR);
40. promote an integrated approach to improving energy efficiency in households, public authorities, industry and transport, for instance by putting in place legal conditions and physical planning requirements that encourage investments in and conversion to energy-saving devices and methods, as well as building public-private partnerships to encourage more green-tech investments in the future of the Region;
41. provide incentives and conditions for green public procurement and practices among public authorities at all levels, for instance by introducing sustainability as a criterion in tendering and purchasing procedures;
42. take note of the work of the Baltic Sea Region Energy Co-operation (BASREC) and the conclusions of its upcoming meeting of Ministers of Energy in Berlin in spring 2012;
43. launch information campaigns and activities to raise awareness of green growth and energy efficiency and its individual as well as collective economic and ecological benefits with a focus on demonstrating available practical solutions for increasing energy efficiency;
44. provide continued support to the activities of Baltic 21, and to establish a four-year project on "Green Growth for a Bluer Baltic Sea" in order to define common priority areas within e.g. energy, water, transport and tourism, to develop strategies for enhancing the development and use of renewable energies and increasing energy efficiency, and to provide for an exchange of best practices among actors and stakeholders;

Furthermore the Conference Decides to

45. urge the BSPC members to establish networks of parliamentarians on the fight against trafficking in human beings, in order to secure continuity of commitment and visibility of the issue, to continuously monitor progress of various activities in the fight against trafficking in human beings, and to develop the relations between the executive and legislative powers concerning the fight against trafficking in human beings; in this endeavour, the networks should make use of handbooks and guidelines produced by e.g. UN, IPU, PACE, ILO, and others;
46. grant Observer status to the Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being;

47. support the transformation and follow-up of the Baltic Sea Labour Network (BSLN), by establishing a permanent Forum for Social Dialogue in the Baltic Sea Region in order to secure public support in the field of labour rights;
48. establish a Working Group on Green Growth and Energy Efficiency, to submit a report at the 21st BSPC;
49. adopt the BSPC Work Programme for 2011-2012;
50. adopt the revised BSPC Rules of Procedure, to take effect after the closure of the 20th BSPC;
51. welcome with gratitude the kind offer of the Federal Assembly of Russia to host the 21st Baltic Sea Parliamentary Conference in the Mariinsky Palace, the Legislative Assembly of St Petersburg, on 26 – 28 August 2012.

*Parliaments of Free Hanseatic City of Bremen, Denmark, Finland, Federal Republic of Germany, Free and Hanseatic City of Hamburg, Republic of Karelia, Latvia, Leningrad, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Norway, Poland, Council of Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation, State Duma of the Federal Assembly of the Russian Federation, City of St. Petersburg, Schleswig-Holstein, Sweden, Åland Islands, Baltic Assembly, European Parliament, Nordic Council, Parliamentary Assembly of the Council of Europe.